

NACHRICHTEN

Roger Rööslü wird Bildungsvorsteher

ROTHENBURG ost. Nachdem **Roger Rööslü** (SVP) am Sonntag als Nachfolger der zurücktretenden **Prisca Birrer-Heimo** (SP) in den Gemeinderat Rothenburg gewählt worden ist, fand gestern die konstituierende Sitzung statt. Neu ist der bisherige Bildungsvorsteher **Amédéo Wermelinger** (FDP) für die Finanzen verantwortlich. Rööslü übernimmt das Ressort Bildung. Die weiteren Gemeinderäte behalten ihre Ressorts (**Arthur Sigg**, CVP: öffentliche Infrastruktur; **Gisela Doenni-Widmer**, parteilos: Dienstleistungen; **Bernhard Büchler**, CVP: Präsidiales).

Helikopter fliegen beim Gütschwald

LUZERN red. Zwischen Gütschwald und Baselstrasse (am Hang entlang) finden heute von 8.15 bis 11 Uhr zirka 40 Transportflüge per Helikopter statt. Dies teilte die Stadt gestern mit.

VBL drehen Film über Blinde

LUZERN mig. Wie kommen Blinde und Sehbehinderte mit dem öffentlichen Verkehr zurecht? Dieser Frage gingen die Verkehrsbetriebe Luzern (VBL) nach. Zusammen mit der Fachstelle Sehbehinderung Zentralschweiz (FSZ) drehten sie einen 15-minütigen Schulungsfilm, mit dem die Buschauffeure für die Bedürfnisse von sehbehinderten Menschen sensibilisiert werden sollen. «Unsere Klienten sind für ihre Mobilität auf den öffentlichen Verkehr angewiesen», wird FSZ-Stellenleiter Marco Fischer zitiert. «Deshalb sind wir sehr froh um diese Initiative der VBL.»

Kostenlose Mobilitätskurse

Die VBL und weitere ÖV-Unternehmen bieten zudem Halbtageskurse zum Thema «mobil sein und bleiben» an. Experten erklären dabei unter anderem, wie Ampelzusatzgeräte für sehbehinderte und blinde Menschen funktionieren. Die Kurse dauern jeweils vier Stunden. Die nächsten Kurse finden am 4. Juni in Wolhusen, am 10. und 11. September in Luzern und am 17. September in Sursee statt. Sie sind kostenlos. Kursanfang und Kursende ist am jeweiligen Bahnhof. Anmelden kann man sich bis eine Woche vor Kursbeginn beim Kundendienst der VBL über die Telefonnummer 041 369 65 65.

Eichhof West nimmt die Hürde

KRIENS Der Bebauungsplan Eichhof West hat gestern im Einwohnerrat grünes Licht bekommen. Noch vor einem Jahr scheiterte das Projekt.

LENA BERGER
lena.berger@luzernerzeitung.ch

Ein Hochhaus von 53 Metern, eine Hotelfachschule samt Wohnheim, ein Bürogebäude und ein Hotel: Auf der Brache zwischen der Brauerei Eichhof und dem Eingang zum Sonnenbergtunnel soll für 200 Millionen Franken ein Grossprojekt entstehen, das Kriens den lang erwarteten wirtschaftlichen Schub bringen soll. Nachdem das ursprüngliche Projekt vor einem Jahr im Einwohnerrat in der ersten Lesung bachab geschickt wurde, gab er gestern nun im Parlament grünes Licht für die Weiterbearbeitung des Bebauungsplans: Alle Fraktionen stimmten für ein Eintreten auf die Vorlage. Definitiv darüber abgestimmt wird an der zweiten Lesung vom 25. September.

Projekt ist breit abgestützt

Neu sind nicht mehr zwei der zuvor heftig kritisierten Hochhäuser geplant, sondern eines. Und dieses wurde von 68 auf 53 Meter gekürzt und 70 Meter vom Sonnenberghang weg nach vorne an die Langsägestrasse verschoben.

Diese Anpassungen kamen gestern im Einwohnerrat gut an. «Die beiden Hochhäuser waren zu vielen Leuten ein Dorn im Auge. Jetzt ist vieles besser geraten», sagte René Zosso, Sprecher der CVP/JCVP/GLP-Fraktion, welche die Vorlage letztes Jahr zusammen mit den Linken zu Fall brachte. «Die meisten Betroffenen können sich mit dem Projekt arrangieren. Die Rückweisung vor einem Jahr ist heute Teil einer Erfolgsgeschichte.» Auch Martin Heiz, Fraktionschef der SVP, zog ein positives Fazit. «Nach dem runden Tisch haben wir zufriedene Investoren, mehr zufriedene Anwohner, also sind wir auch zufrieden.» Jetzt sei es an der Zeit, die Bemühungen zu würdigen, damit etwas entstehe, das Kriens aufwerte. Auch Thomas Lammer (FDP) räumte ein: «Das gesamte Projekt hat eine positive Entwicklung erfahren.»

Lob für Verkehrslösung

Beim versenkten Projekt wurde kritisiert, dass das Verkehrskonzept lückenhaft sei. Neu sollen die Fahrbahnen auf der Langsägestrasse getrennt werden, und die interne Erschliessung der Gebäude mit Autos erfolgt über ein unterirdisches Einbahnregime. «Es ist eine Verbesserung, dass jetzt nur noch je eine Ein- und eine Ausfahrt vorgesehen ist – denn jede Einmündung ist eine Gefahr für den Langsamverkehr», sagte



Gemeindeammann Matthias Senn vor Jahresfrist am Hang oberhalb der Brauerei Eichhof (grosses Gebäude unten). Rechts daneben ist die Grossüberbauung Eichhof West geplant.

Archivbild Dominik Wunderli

dazu Mario Urfer (SP). Die **Grünen** begrüsst es, dass die Idee eines Mehrzweckstreifens weiterverfolgt werden soll. Es gab kaum Änderungen am Reglement zum Bebauungsplan. Beschlossen wurde ein Antrag der Baukommission, dass ein Beratungsgremium das Projekt hinsichtlich der Erfüllung der Qualitätsansprüche beurteilen soll. Weiter wurde einem Antrag der CVP zugestimmt, dass das Projekt vor Ort speziell ausgesteckt werden soll – etwa durch Ballone.

Gemeinderat Matthias Senn war über den Entscheid des Parlaments erleichtert. «Es ist ein spürbarer Unterschied: Wir sind heute nicht – wie vor einem Jahr – von unzufriedenen Anwohnern mit Plakaten begrüsst worden.» Die Prüfung verschiedener Varianten habe klar gezeigt, dass die richtige Lösung ein Kompromiss sein musste.

Mit dem Entscheid des Einwohnerrats gehts mit dem Projekt nun vorwärts. Der Bebauungsplan wird ab dem 4. Juni 30 Tage öffentlich aufgelegt. Erleichtert ob der einwohnerrätlichen Zustimmung zeigte sich gestern Abend auch Patrick Wetter, Projektleiter der Bauherrschaft BVK: «Das war ein wichtiger Meilenstein. Der Entscheid bestätigt den von uns für die Überarbeitung des Prozesses eingeschlagenen partizipativen Prozess.»

HINWEIS

Die Zusammenfassung der Debatte des Einwohnerrates zum Bypass finden Sie Seite 23.

UND SONST

Lob und Schelte für den Gemeinderat

RECHNUNG ber. Die Rechnung 2013 der Gemeinde Kriens hat rund 0,8 Millionen besser abgeschlossen als erwartet. Für diese Ausgabendisziplin gab es an der gestrigen Einwohnerratssitzung viel Lob. Dennoch wurden letztes Jahr 1,8 Millionen Franken mehr ausgegeben als eingenommen. Entsprechend stellten alle Fraktionen klar, dass weiterer Handlungsbedarf besteht. Wie dieser aussehen soll, darüber bestand aber Uneinigkeit. «Der Hebel muss weiter beim Aufwand angesetzt werden, da sind die Hausaufgaben zu machen», fand etwa Peter Portmann (SVP). Anders sah es Yanik Kloter (SP, Juso): «Ein weiterer Leistungsabbau ist nicht mehr möglich», stellte er klar. «Wir haben schon alles gemacht, was wir konnten. Was es jetzt braucht, ist eine offene Diskussion, wie die Krienser Finanzen gesunden können.» Finanzchef Paul Winiker betonte, die finanzielle Lage biete grosse Herausforderungen. Der Einwohnerrat genehmigte die Rechnung 2013 einstimmig.

Bevölkerung wird mehr einbezogen

VORSTOSS ber. Der Einwohnerrat hat gestern nach einer emotional geführten Debatte mit 17 Ja- zu 15 Nein-Stimmen ein Postulat von Fabian Takacs (Junge Grüne) überwiesen. Demnach soll der Gemeinderat künftig bei Investitionen auf gemeindeeigenem Land Nutzergruppen und Quartiervereine stärker einbeziehen. Sie sollen die jeweiligen Investitionen neben der einwohnerrätlichen Baukommission begleiten. Der Gemeinderat erarbeitet nun einen Bericht.

Neue Kriterien für Ratsberichte

VORSTOSS ber. Die interessierten Bürger sollen sich künftig besser über die Ratsdebatte informieren können. Der Einwohnerrat hat einen Vorstoss von Bruno Bienz (Grüne) überwiesen, der fordert, dass der Gemeinderat Kriterien zur Ratsberichterstattung auf der Website der Gemeinde erlässt.

Neue Ideen für die 12 Millionen Steuereinnahmen

HORW Der Gemeinderat will die einmaligen Steuereinnahmen in einen Ausgleichsfonds stecken. Der Einwohnerrat hatte gestern andere Ideen.

Dass der Einwohnerrat gestern die Jahresrechnung 2013 genehmigte, war keine Überraschung, schloss diese doch mit einem Plus von 12 Millionen Franken ab. 11 Millionen davon sollten in einen Steuerausgleichsfonds fließen. Für die Schaffung eines solchen Fonds sprach sich der Einwohnerrat im Herbst 2013 aus. Gestern tauchten allerdings neue Ideen auf, wie das Geld sonst noch investiert werden könnte. Zum Beispiel für günstigen Wohnungsbau. Dies zumindest, wenn es nach der **L20** ginge.

Die Partei stellte den Antrag, dass von den 11 Millionen 3 für preisgünstigen Wohnraum auf die Seite gelegt werde. Die restlichen 8 Millionen sollen wie vorgesehen dem Steuerausgleichsfonds gutgeschrieben werden. Gemeinderat Hans-Ruedi Jung bezeichnete den Antrag als «diffus», denn: «Es braucht ein konkretes Projekt für eine Vorfinanzierung.»

Preisgünstiger Wohnraum sei zwar sympathisch, aber zu wenig konkret. Auch bei den anderen Ratsmitgliedern stiess der Antrag auf Ablehnung. Er wurde mit 21 zu 7 abgelehnt.

Einen weiteren Vorschlag brachte die GPK ein. Sie stellte den Antrag, dass 1 Million Franken als Vorfinanzierung



«Es braucht ein konkretes Projekt für eine Vorfinanzierung.»

HANS-RUEDI JUNG,
GEMEINDERAT HORW

für den geplanten Kindergarten im Gebiet Stirnrüti verwendet werden sollte. Die restlichen 10 Millionen Franken sollten demnach dem Steuerausgleichs-

fonds gutgeschrieben werden. Auch dieser Vorschlag stiess auf Ablehnung und wurde mit 21 zu 7 Stimmen (bei zwei Enthaltungen) abgelehnt. Wie vorgesehen wird der Fonds somit nun mit den gesamten 11 Millionen gefüllt.

Defizit für die nächsten Jahre

Für die nächsten sechs Jahre rechnet die Gemeinde Horw mit einem Gesamtdefizit von 2,8 Millionen Franken. Laut dem Finanz- und Aufgabenplan 2015 bis 2020 geht der Gemeinderat ab 2018 wieder von positiven Zahlen aus. Das heutige Eigenkapital von 8,75 Millionen Franken sinkt bis 2017 auf rund 3,24 Millionen, bevor es 2020 wieder auf 5 Millionen ansteigt.

Bis 2020 rechnet der Gemeinderat mit einem Bevölkerungswachstum von heute 13 700 auf künftig 15 300 Einwohner. Entsprechend erwartet die Gemeinde auch höhere Steuereinnahmen. Bis 2020 steigt der Ertrag von heute 40,5 Millionen Franken auf 53,1 Millionen. Das entspricht einer Zunahme von 12,6 Millionen. Der Plan sieht einen unveränderten Steuerfuss von 1,6 Einheiten vor, und auch der Steuerrabatt von 0,05 Einheiten soll belassen werden.

SANDRO PORTMANN
sandro.portmann@luzernerzeitung.ch

Grünes Licht für Stirnrüti

BAURECHT spo. Im Grundsatz war sich der Horwer Einwohnerrat gestern einig: Das gemeindeeigene Grundstück auf der Stirnrüti soll im Baurecht abgegeben werden. Der entsprechende Bericht und Antrag wurde mit 26 Stimmen (2 Enthaltungen, keine Gegenstimmen) angenommen. In der Detailberatung waren sich die Einwohnerräte jedoch nicht so einig. Vor allem, ob die Abgabe erneut öffentlich ausgeschrieben werden soll, führte zu Diskussionen.

Keine öffentliche Ausschreibung

Der Gemeinderat sah keine erneute Ausschreibung vor, da die Alfred Müller AG bereits vor zwei Jahren die öffentliche Ausschreibung für den Kauf des Gemeindegrundstücks gewann. Der Verkauf wurde von den Stimmbürgern damals jedoch abgelehnt. Die Alfred Müller AG wird auch ohne die Parzelle der Gemeinde vier der fünf geplanten Häuser auf der Stirnrüti bauen. Für den Gemeinderat ist es sinnvoll, wenn die gesamte Stirnrüti-Überbauung (Ausgabe vom 24. April) von einem

Bauherrn realisiert wird. Gemeinderat Robert Odermatt: «Die Gefahr, dass es zu Problemen kommt, ist bei zwei verschiedenen Bauherren viel grösser.»

Die **FDP** stellte trotzdem den Antrag, dass das Baurecht im Bietverfahren an den meistbietenden abgegeben werde. Im Grundsatz befürwortete dies auch die **L20**. Für Nathalie Portmann war klar: «Wenn die Gemeinde nicht erneut öffentlich ausschreibt, riskiert sie den Verdacht auf Mauseheleien.» Bei der Abstimmung fand die FDP dennoch keine Unterstützung. Ihr Antrag wurde mit 20:6 Stimmen (2 Enthaltungen) abgelehnt.

Mit 21 zu 2 Stimmen wurde weiter beschlossen, dass die Planungskosten – rund 110 000 Franken – dem Käufer auferlegt werden.

Eine öffentliche Ausschreibung wäre trotzdem noch möglich. Nämlich dann, wenn die Verhandlungen mit der Alfred Müller AG nicht zufriedenstellend verlaufen. Dann hat der Gemeinderat die Möglichkeit, den Verkauf im Baurecht öffentlich auszuschreiben.